

Schuldenbremse. Freibrief für Sozialabbau in Europa

Wer trägt die Kosten für die Finanzkrise? Müssen Kinder, die in Heimen und Pflegefamilien untergebracht sind, die Folgen ausbaden? Werden die Renten gekürzt und öffentliche Beschäftigung abgebaut? Mit der im GG verankerten Schuldenbremse wird den Ländern von 2020 an jegliche Kreditaufnahme untersagt. Was wir im Grundgesetz bereits haben, soll jetzt auch europaweit in Verfassungen aufgenommen werden.

1. Politik der leeren Kassen

Wo liegen die Grenzen der Staatsverschuldung? Niemand weiß es. Die Grenze wird bestimmt von den Finanzkonzernen, die sagen, dass sie weiterhin Geld verleihen. Die Politik steht also unter der Oberaufsicht der Finanzkonzerne, die sich hinter dem Wort Finanzmärkte verstecken. Warum aber sind die Staaten eigentlich auf private Banken und ähnliche Finanzinstitute angewiesen, um ihre Ausgaben durch Schulden anstatt durch Steuereinnahmen zu finanzieren? Die Regierungen haben die goldene Finanzregel missachtet, laufende Ausgaben des Staates durch Steuern und langfristige Investitionsausgaben durch Kredite zu finanzieren.

Das Statistische Bundesamt hat am 21.3.2011 in einer Pressemitteilung erklärt: „Die öffentlichen Haushalte waren nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes am 31. Dezember 2010 mit insgesamt 1 998,8 Milliarden Euro verschuldet. Dies entsprach rechnerisch einer Schuldenlast von 24 450 Euro pro Kopf. Gegenüber dem 31. Dezember 2009 hat sich der Schuldenstand um 18,0% beziehungsweise 304,4 Milliarden Euro erhöht. Wesentlich zum Anstieg beigetragen haben die im Jahr 2010 neu gegründeten (beziehungsweise in Geschäftsbetrieb gegangenen) „Bad Banks“. Die Übertragung von Risikopapieren der Hypo Real Estate in die FMS Wertmanagement sowie die Stützungsmaßnahmen der Ersten Abwicklungsanstalt für die WestLB erhöhten den Schuldenstand zum Jahresende um 232,2 Milliarden Euro.“ Wer also über die Staatsverschuldung redet, der darf über die Folgekosten der Finanzkrise nicht schweigen. Die Finanz- und Bankenkrise wird in eine Staatsverschuldung umgedeutet.

Um diese Staatsverschuldung zu konsolidieren, werden die Menschen mit Sparprogrammen drangsaliert, während die Privatvermögen explodieren. Anstatt die vermögenden Schichten und die Unternehmen in einem solchen Maße zu besteuern, dass der Staat über die nötigen Einnahmen verfügt, die ihn handlungsfähig machen, leiht der Staat sich bei denen Geld, die er zuvor steuerlich entlastet hat. Die Kreditierung erfolgt dabei vor allem über das Geldvermögen der Wohlhabenden. Sie sind letztlich auch die Profiteure der Staatsverschuldung, die die Gesamtbevölkerung abbezahlen muss. Für die Folgen der Finanzkrise sollen nicht die Verursacher der Krise verantwortlich gemacht werden, sondern die Geringverdiener, die Erwerbslosen, Rentner und Hartz IV-Bezieher.

Wird ein Binnenmarkt mit gemeinsamer Währung ohne eine harmonisierte Steuerpolitik begründet, konkurrieren sich die Länder wechselseitig über Steuersätze auf Gewinne, Kapitalerträge und Vermögen nach unten. Diese steuerpolitisch bewusst herbeigeführten Einnahmeausfälle wurden zum Teil durch steigende Verschuldung ausgeglichen. In Deutschland ist die Staatsquote infolge großzügiger

Steuergeschenke an Banken, Unternehmen und Spitzenverdiener bei gleichzeitiger Kürzung der Ausgaben zwischen 1999 und 2008 um knapp 5 Prozentpunkte gesunken. Das entspricht über 100 Milliarden Euro, die der öffentlichen Hand heute fehlen. Sie sind nicht einfach weg, sondern fließen Jahr für Jahr zusätzlich auf die Konten der Profiteure der Steuersenkungen: vor allem der Vermögenden. Sie sind deshalb auch die Hauptnutznießer der Bankenrettung waren.

Die Kehrseite der Steigenden öffentlichen Schulden sind die steigenden privaten Vermögen. Derzeit gibt es in Deutschland etwa 830000 Geldmillionäre. Diese kleine Schicht verfügt über ein Finanzvermögen von 2,2 Billionen Euro und hat mehr Vermögen als Bund, Länder und Gemeinden zusammen Schulden haben. Ähnliches gilt für die europäische Ebene. Der World Wealth Report beziffert das Vermögen der europäischen Multimillionäre auf über 10 Billionen Dollar. Vor 13 Jahren war der europäische Geldadel übrigens erst halb so reich. Die Staatsverschuldung brauchte 15 Jahre, um sich zu verdoppeln.

Durch die selbstverursachte Steuerkrise des Staates mittels Steuersenkung wird der Staat zur Aufnahme von öffentlichen Anleihen genötigt. Anstatt jedoch die vermögenden Schichten und die Unternehmen in einem solchen Maße zu besteuern, dass der Staat über die nötigen Einnahmen verfügt, die ihn handlungsfähig macht, leiht der Staat sich bei denen Geld, die er zuvor steuerlich entlastet hat. Die ihm das Geld geliehen haben, wollen es jetzt mit Zins und Zinseszins zurück. Sie sind letztlich auch die Profiteure der Staatsverschuldung.

Die Schuldenbremse wird mit dem Argument begründet, die Staatsverschuldung zu begrenzen. Die öffentlichen Schulden in Deutschland sind seit 1991 gestiegen. Doch warum? Man habe über seine Verhältnisse gelebt, begründet Schäuble die Schuldenbremse. Wahr ist: In den letzten zehn Jahren (1998 bis 2008) sind die Staatsausgaben jedoch real jährlich um 0,2 Prozent zurückgegangen! Deutschland ist Vizeweltmeister im Kürzen. Von den industrialisierten Staaten hat lediglich Japan einen stärkeren Rückgang bei den Staatsausgaben. Die EU 27 hatten im Schnitt eine Ausgabensteigerung von real 1,5 Prozent, Großbritannien z.B. von 5,2 Prozent. Von einem „Leben über die Verhältnisse“ kann also nicht die Rede sein. Wie sehr die staatliche Tätigkeit zurückgegangen ist, zeigt die Staatsquote. Die Staatsquote gibt an, wie hoch die Ausgaben des Staates im Verhältnis an der volkswirtschaftlichen Leistung sind. Zwischen 1999 und 2008 ging die Staatsquote von 49 Prozent auf 43,8 Prozent zurück. Damit liegt sie unter dem OECD-Durchschnitt. Rechnet man die Steuermindereinnahmen durch die Steuerreformen heraus – setzt also das Steuerrecht des Jahres 2000 ein – so stellte man fest, dass der Schuldenstand in Deutschland von 2000 bis 2008 (Vorkrisenjahr) um knapp 5 Prozentpunkte des BIP zurückgegangen wäre! Deutschland hätte seinen Schuldenstand in Relation zum BIP also deutlich senken können. Die Steuergeschenke an Besserverdienende, Unternehmen und Hoteliers haben den Staatshaushalt ruiniert, nicht etwa öffentliche Ausgaben.

Was war 2008 geschehen? Tatsächlich gab es in nahezu allen Ländern einen Ausgabeposten, der fortan Extremwerte erreichte: Ausgaben zur Stützung von Finanzinstituten, die sich verzockt hatten und ihre Verluste nicht mehr tragen konnten. Die deutschen Staatsschulden sind allein infolge der Bankenrettung um rund 250 Milliarden Euro angeschwollen. Die Explosion der irischen, griechischen,

spanischen und portugiesischen Staatsschulden geht nahezu ausschließlich auf das Konto der Bankenkrise 2008.

Woran aber liegt es dann, dass die Staatsverschuldung immer weiter steigt? Die Statistik zeigt drei auffällige „Aufschwünge“ bei der Staatsverschuldung

1. ein starkes Ansteigen der Staatsverschuldung von 1991 bis etwa 1995: vereinigungsbedingten Mehrausgaben.
2. Danach bleibt die Staatsverschuldung einige Jahre stabil und steigt erst ab 2001 wieder durch die Steuerreformen an.
3. Im Anschluss gehen die Schulden wieder leicht zurück und steigen erst in Folge der Krise wieder (Bankenrettung, Konjunkturstützung, aber auch Steuersenkungen wie etwa die „Mövenpicksteuer“ von FDP und CSU).

Rot-Grün hat die Einkommensteuer in mehreren Schritten gesenkt (Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent) und die Körperschaftssteuer massiv reduziert (und das Verfahren der Berechnung verändert). Es folgten weitere Senkungen der Körperschaftssteuer sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte durch die Große Koalition, was zu Mehreinnahmen führte. Diese Steuerreformen haben zu erheblichen Einnahmeausfällen alleine im Jahr 2011 werden Bund, Ländern und Gemeinden so über 50 Mrd. Euro geführt. Seit dem Jahr 2000 sind rd. 335 Mrd. Euro Steuerausfälle herbeigeführt worden.

Die Steuerpolitik der Rot-Grünen und der Schwarz-Gelben Bundesregierung, die Finanzkrise und das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ haben zu erheblichen Steuerausfällen beigetragen. Die politisch in Szene gesetzten Steuerausfälle und die Folgekosten der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Öffentlichen Kassen geschwächt. Die Bundesregierung nennt ihre Kürzungspolitik alternativlos.

Die Schuldenkrise wird genutzt einem angeblich ausufernden Sozialstaat die Mittel zu entziehen. Künftig wird die Schuldenbremse einer gestaltenden Finanz- und Konjunkturpolitik ein Ende setzen. Die Debatte um die Schuldenbremse tarnt die wirklichen Absichten: Kürzung der Staatsaufgaben und Demokratieabbau. Durch die Schuldenbremse gerät die Politik in eine Zwangsjacke, die zwei wesentliche Folgen hat: eine Schwächung demokratischer Gestaltungsfähigkeit und Reduzierung der Staatsaufgaben.

Die prekäre Finanzlage ist politisch herbeigeführt worden. Sie fungiert als Instrument für die Durchsetzung einer gesellschaftspolitischen Gegenreform: den sozial verschlankten, aktivierenden Sozialstaat mit niedrigen Steuersätzen und wenigen öffentlichen Leistungen. Während das Augenmerk ausschließlich auf die Ausgabenseite eines hochverschuldeten Staates gerichtet wird, wird die Einnahmeseite ausgeblendet. Am Ende herrscht der Sachzwang vor, man müsse doch angesichts der Überschuldung sparen. Gespart wird unten: bei den sozial Schwachen, den Kranken, den Arbeitslosen, den Rentnern. So wird durch rigorose Einnahmekürzung eine Politik der leeren Kassen inszeniert, um anschließend mit dem Druck von leeren Kassen Politik machen zu können. Die Troika von EU, EZB und IWD wollen eine repressive Besteuerung gerade der kleinen Leute, die nur durchzusetzen ist, wenn die Regierung in die Hände nicht gewählter Technokraten gelegt wird, die einen scheinbar alternativen Sachzwang exekutieren. Die Technokraten sind nichts anderes als Finanzlobbyisten, die übrigens alle von

Goldman-Sachs kommen und im Namen ihrer Auftraggeber als nützliche Idioten fungieren. Die gleiche Funktion welche die erfüllt auch die Schuldenbremse. Sie ist eine „Politik“ der Entpolitisierung. So wie bei den Technokraten ist auch mit der Schuldenbremse eine gestalterische Finanzpolitik. Es gibt nur noch ein Politikziel mit Verfassungsrang: Der Schuldendienst.

Bis heute wurden die Verursacher der Krise weder rechtlich noch finanziell zur Verantwortung gezogen. Stattdessen müssen europäische Rentner, Studenten und Arbeitslose öffentliche Sparprogramme ertragen. Die Finanzindustrie hat es geschafft, Täter zu sein und sich der Politik als Problemlöser anzubieten, der die Regie führt, wenn es darum geht, einen Weg aus der Krise zu finden.

Ergebnis 1: Schuldenbremse ist ein Tarnwort für die Kürzung der sozialstaatlichen Ausgaben und der sozialstaatlichen Aufgaben.

2. Die Schuldenbremse ist eine Demokratiebremse

Der Anteil der diskretionären Ausgaben, also der Ausgaben, der nicht festgelegt sondern über die die Politik entscheiden kann, sinkt seit der neoliberalen Wende in der Steuerpolitik Schröders rapide.

Anteil der politisch festgelegten und nicht mehr verhandelbaren (diskretionären) Ausgaben am Bundeshaushalt nimmt immer mehr ab:

Tabelle von 1970 bis 2008, in Prozent

1970: 39,6
1975 40,4
1980 39,9
1985 33,4
1989 34,5
1995 39,1
2000 26,0 (Wende in der Steuerpolitik durch Rot-Grün !)
2005 18,8
2006 18,6
2007 19,5
2008 21,5

Quelle: Bundesfinanzberichte 1970–2010, Tabellen 2, 3, 4.

Da Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) künftig ohne neue Schulden auskommen will, will er besonders im Sozialetat bei Bundesarbeitsministerin von der Leyen (CDU) sparen. Kein anderes Ressort muss so sparen wie das von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen: eine schwierige Aufgabe. Kaum ist das Hartz-IV-Paket auf dem Weg gebracht, steht von der Leyen vor einer neuen, schwierigen Aufgabe. Bereits 2012 sollen die Ausgaben von 131 auf knapp 127 Milliarden Euro sinken. Bis 2014 soll von der Leyen sogar nur noch über 124 Milliarden Euro verfügen dürfen. Ihr Spielraum zum Sparen ist jedoch kleiner, als es ihr riesiger Etat nahelegt: 80 Milliarden Euro entfallen auf Leistungen an die Rentenversicherung. Und dieser Etatposten wird in den nächsten Jahren nicht sinken, sondern eher steigen. Gespart werden soll jetzt bei Wiedereingliederungstitel für Arbeitslose.

Wenn der Staat seine Aufgaben zurückführt, dann bekommen nicht die Politiker weniger Geld, sondern die Bürger und Bürgerinnen werden in ihren sozialen Rechten beschnitten und die Verursacher der Krise und die Profiteure der Steuersenkungspolitik bleiben ungeschoren.

Seit der neoliberalen Wende durch die Schröder-Regierung findet ein Rückschnitts des deutschen Sozialstaats von einer „ausgabenorientierten Einnahmepolitik“ zu einer „einnahmen orientierten Ausgabenpolitik“ (Leibfried/Olbinger) statt. Der Staat fragt nicht mehr, welche Einnahmen er braucht, um definierte Ausgaben tätigen zu können, sondern umgekehrt: Der Staat reduziert seine Einnahmen und orientiert daran seine Aufgaben.

Die Staatsverschuldung ist eine gigantische Umverteilung von unten nach oben und zudem eine permanenten Umverteilung, da der Schuldenstand eine Summe erreicht hat, die faktisch nicht abgezahlt werden kann. Der Staat verschlankt sich, sorgt für die Interessen der Wohlhabenden. Die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Für alle bleibt dann ein Gebührenstaat, in dem der Bürger sich als Kunde erlebt und den Staat nicht als legitimen Vertreter von gemeinsamen Interessen. Der Staat mutiert zum Dienstleister. (Fernstraßen- oder Studiengebühren)

Ergebnis 2:

Schuldenbremse ist ein Tarnwort für die Etablierung eines autoritären Regimes der Finanzoligarchie, welche die legitimierte Demokratie aushöhlt.

3. Schuldenbremse ist Sozialstaatsabbau

Staatsverschuldung ist ein Ausdruck dafür, dass die Staatseinnahmen nicht mehr ausreichen, den staatlichen Aufgaben gerecht zu werden. Also müssen Kredite aufgenommen werden. Den Schulden entsprechen immer Guthaben. Da auf der anderen Seite der Bilanz Schulden der Schuldner Geldvermögen sind, ist die Zunahme der Schulden Indiz für ein beträchtliches Wachstum der Forderungen von Geldvermögen der Besitzenden. Deshalb sind die öffentlichen Schulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt die Kehrseite der gleichfalls gewachsenen privaten Geldvermögen.

Wenn die politische und ökonomische Klasse mit dem Rest der Bevölkerung nichts mehr gemein haben, schwindet auch die Fähigkeit der Gesellschaft, Probleme gemeinsam zu lösen. Das oberste eine Prozent besitzt 23 Prozent des gesamten Vermögens in Deutschland. Durch die selbstverursachte Steuerkrise des Staates mittels Steuersenkung wird der Staat zur Aufnahme von öffentlichen Anleihen genötigt. Anstatt jedoch die vermögenden Schichten und die Unternehmen in einem solchen Maße zu besteuern, dass der Staat über die nötigen Einnahmen verfügt, die ihn handlungsfähig machen, leiht der Staat sich bei denen Geld, die er zuvor steuerlich entlastet hat. Die Kreditierung erfolgt nicht gleichmäßig durch alle Bevölkerungsschichten, sondern vor allem über das Geldvermögen der Wohlhabenden, denen Darlehen mit Zins und Zinseszins zu erstatten sind. Dafür müssen die Löhne sollen gekürzt, der Lebensstandard verringert werden und die politische Macht auf Technokraten übergehen werden. Sie agieren im Auftrag großer Banken und Finanzkonzernen und machen sich daran, den öffentliche Sektor zu privatisieren, den Arbeitsmarkt zu deregulieren, Leistungen der Sozial-, Renten- und Krankenversicherung einzuschränken.

Ergebnis 3: Die Vermögenden, die steuerlich entlastet worden sind, sind letztlich auch die Profiteure der Staatsverschuldung. Sie wollen über ihre Zins- und Zinseszinsforderungen einen sozial abgemagerten schlanken Staat erzwingen.

4. Welchen Staat wollen wir?

Offensichtlich verbirgt die Schuldenbremse einen tiefer liegenden Streit: Welchen Staat wollen wir? Europa steht nicht nur vor der wichtigen Aufgabe der Haushaltskonsolidierung, sondern sie haben auch wichtige Zukunftsfragen im Hinblick auf die soziale und ökologische Entwicklung zu bearbeiten. So sind in den nächsten Jahren sowohl in die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erhebliche Mittel zu investieren als auch in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit. Es ist zu befürchten, dass durch den Konsolidierungspfad die vor uns liegenden Notwendigkeiten unzureichend bearbeitet werden. Dies wäre ökologisch und sozial unverantwortlich. Es wäre auch wirtschaftlich kontraproduktiv, da unzureichende ökologische Investitionen die volkswirtschaftlichen Reparaturkosten deutlich ansteigen lassen – siehe z.B. die volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels – und auch unzureichende Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit die sozialen Kosten in die Höhe treibt. Sicherlich kann ein funktionierender Sozialstaat kein „billiger“ Staat sein. Soziale Sicherheit ist für die Bürger nicht zum Nulltarif zu haben (aber sie kann auch nicht von jedem privat erbracht werden). Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Kurz gesagt. Wer im Keller ein eigenes Schwimmbad hat, der wird die Schließung des Stadtbades nicht vermissen.

Die Staatsverschuldung kann nur wirksam abgebaut werden durch angemessene Steuern und Abgaben. Wir brauchen eine Erhöhung der Steuern: insbesondere eine Vermögensteuer (Landessteuer), eine Unternehmenssteuer, eine Finanztransaktionssteuer, eine Vermögensabgabe und eine höhere Besteuerung von Erbschaften (Landessteuer). In die Belastungen durch Steuern und Abgaben müssen alle Bürger wie auch die Wirtschaft einbezogen sein. Ihre Höhe muss sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit richten. Hohe Einkommen und Vermögen sind daher wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen.

5. Europa neu denken

Die Schuldenbremse erscheint als technokratisches Konstrukt, das politikfrei ist. Doch tatsächlich ist sie dadurch politisch, dass sie einen Sachzwang für einen schlanken Staat erzeugt. Dieser Sachzwang bedeutet zugleich, dass die gesellschaftlich notwendige Auseinandersetzung darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, außer Streit gestellt, die Kürzungen zum Sachzwang erklärt und alles politische Handeln dem Ziel unterstellt wird, den Schuldendienst zu bedienen. Den Sozialstaat zu beschnitten und die Demokratie zu entmachten, ist dann ein unpolitisches Ausführung von Verfassungsvorgaben, die erfüllt werden müssen. Die Schuldenbremse stellt deshalb ein Instrument der Entpolitisierung der Politik dar.

So wird mitten in der Krise, die von der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin hervorgerufen wurde, eben diese Doktrin zur Staatsräson angesichts leerer Kassen. Gleichzeitig können sich die demokratisch gewählten Regierenden aus ihrer Verantwortung stehlen.

Wer Europa neu denken und den europäischen Gründungsgedanken neu beleben will, der muss Europa zu einer demokratisch legitimierten und sich legitimierenden Verantwortungsgemeinschaft machen, in der die Bürgerinnen und Bürger die Politik bestimmen und nicht die Finanzkonzerne. Doch Merkel und Sarkozy haben mit der Fiskalunion Europa zu einer bloßen Sanktionsunion degradiert. Politik wird dabei nicht politisch durch Verhandlungen entwickelt, sondern durch ökonomische Macht der Finanzkonzerne.

Die vereinbarten Schuldenbremsen sind auf europäische Ebene Kampfmittel der finanzstarken Länder gegen die schwächeren und auf nationaler Ebene Kampfmittel der ökonomisch und sozial Starken gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die breite Gesellschaft. So wie es einen solidarischen Ausgleich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gibt und gegeben hat, so ist auch eine europäische Solidarität nötig, die für einen Ausgleich sorgt. Ihn gibt es bereits ansatzweise im Europäischen Agrarfonds, im Regionalfonds oder im Fonds für Jugendliche in strukturschwachen Regionen. Eine soziale Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ist ohne einen solchen interregionalen Transfer gar nicht vorstellbar, wenn Europa nicht auf die Finanztechnik einer reibungslosen Schuldentilgung reduziert werden soll. Es geht in der Banken- und Schuldenkrise deshalb im Kern um eine Auseinandersetzung um die europäische Europa und die europäische Sozialstaatlichkeit versus den angelsächsischen Finanzstil.